

Hamburg, 13. März 2024

Deshalb muss Tschentscher zurücktreten

Nach der bisherigen umfassenden Beweiserhebung und Zeugenaussagen im Untersuchungsausschuss ist klar: **Olaf Scholz hat den Anstoß zum "teuflischen Plan" gegeben, die Warburg Bank vor einer Rückzahlung der von ihr geraubten Steuern zu bewahren. Peter Tschentscher hat diesen Plan umgesetzt**, der wie folgt aussah: Die lokale SPD-Größe Alfons Pawelczyk informiert Olaf Scholz am 4. August 2016 im Auftrag von Herrn Olearius über den heiklen Steuerfall. Scholz sagt zu, er "geht der Sache nach". Kurz darauf sagt die Verwaltungsbeamtin Frau Petersen der Warburg Bank gegenüber erstmal inoffiziell zu, sie werde die Steuern nicht zurückfordern. Und sie beginnt damit, einen Bericht für die Finanzbehörde zu schreiben, der einerseits detailliert die Gründe für eine Rückforderung darstellt und diese auch fordert. Andererseits lässt er bewusst genug Raum für eine gegenteilige Entscheidung der Finanzbehörde. Denn, wie sie der Bank gegenüber ausdrückt: **"Die Politik müsse entscheiden."** Der Bericht wird am 5. Oktober 2016 an Tschentschers Behörde geschickt. Dort fertigt eine Referentin zunächst eine positive Antwort – **scheinbar grünes Licht für die Rückforderung**. Parallel kommt es aber zu mehreren Gesprächen innerhalb der Verwaltungshierarchie, die bis hoch zu Herrn Tschentscher führen. **Das positive Antwortschreiben der Referentin wird aus unbekanntem Gründen nie abgeschickt**. Stattdessen kommt es zu einem persönlichen Entscheidungstreffen von Finanzamt und Finanzbehörde, wie es laut Aussage der Finanzamtsvorsteherin Ohse-Griem wohl schon bei der Erstellung des Berichts vorgesehen war. Der "teuflische Plan" nahm seinen Lauf.

Frau Nottelmann informiert ihren Chef Tschentscher am 8. November 2016 über die geplante Expertenrunde. Im direkten Anschluss, um 15:30 Uhr, kommt es laut beschlagnahmten Kalenderdaten zu einem **Telefongespräch zwischen Herrn Scholz und Herrn Tschentscher** mit unbekanntem Inhalt. Im Ausschuss danach befragt, ob es in diesem Gespräch darum ging, wie die Bank vor einer Rückzahlung bewahrt werden kann, wollen sich beide an den Inhalt des Gesprächs nicht erinnern.

Ein Tagebucheintrag des Herrn Olearius belegt, dass am selben Tag Herr **Scholz** Herrn **Olearius** telefonisch erreichen wollte. Dieses **Telefonat** wurde aus unbekanntem Gründen auf den Morgen des nächsten Tages, 9 bis 10 Uhr am 9. November 2016, verschoben. Wir wissen, was Herr Scholz Herrn Olearius sagte: **"Schicken Sie das Papier kommentarlos an Herrn Tschentscher."** Seine Sekretärin Frau Pflug übergibt noch am selben Tag das Schreiben persönlich der Finanzbehörde. Für den Freitag, 11. November 2016 beweisen beschlagnahmte WhatsApp-Nachrichten zwischen Frau Petersen und einer Freundin in der Finanzbehörde, Frau Engler, dass das Interesse des Senators an der Causa Warburg schnell in die untersten Ebenen gelangte. Herr Tschentscher beauftragt Frau Nottelmann Informationen zur Causa Warburg einzuholen. Später am selben Tag, laut Kalender von 16 bis 16:30 Uhr, findet dann ein Treffen zwischen Frau Nottelmann und Herrn Tschentscher mit dem Betreff „Rücksprache“ statt. Die offizielle Bitte des Senators zum Sachstand am 14. November 2016 konsolidierte lediglich die Aktenlage, denn der Prozess wurde bereits am 9. November 2016 in Gang gesetzt und zeigt uns nur, dass mutwillig keine Aktenlage über diesen Prozess geschaffen wurde. Es sollte nicht bekannt werden, dass der Finanzsenator sich ausgiebig damit beschäftigte.

Klar ist: **Finanzsenator Tschentscher zeichnet das Argumentationspapier der Bank mit seiner Paraphe und gibt es – quasi mit seinem Siegel versehen – von Oben in die Verwaltung. Das ist auch deshalb so brisant, weil Frau Petersen die Formulierungen darin einem Bank-Vertreter insgeheim in die Feder diktierte. Das Argumentationspapier ist das Ergebnis eines Telefonats von Frau Petersen, in dem sie einem**

Bankvertreter erklärte, wie sie gegen den von ihr selbst verfassten Bericht vom 5. Oktober 2016 argumentieren sollte. Herr Wedertz, Referatsleiter 522, sagte in seiner letzten Zeugenaussage vorm LKA NRW aus, dass "Frau Nottelmann unsere Einschätzung meines Wissens nach auch dem Senator vor der Besprechung am 17.11.2016 mitgeteilt hat. Wie und in welcher Form ist mir nicht bekannt. Im Ergebnis wird er uns freie Hand gelassen haben." Anders als bis jetzt immer dargestellt, alle seien ergebnisoffen in die Runde gegangen, gab es im Vorfeld des Treffens sogar die festgelegte Einschätzung, die Steuern nicht zurückzufordern. Das ist ein handfester Skandal und unterstützt unsere These der direkten Einflussnahme. Die SPD sagt dazu, Tschentscher habe nicht an der Behandlung von Steuerfällen mitgewirkt. Nur in bedeutenden Einzelfällen habe er sich über den Stand des Verfahrens der Verwaltung informieren lassen. Diese Aussagen sind nachweislich falsch.

Für uns ist deshalb klar: Herr Tschentscher muss endlich die politische Verantwortung annehmen und sofort zurücktreten!